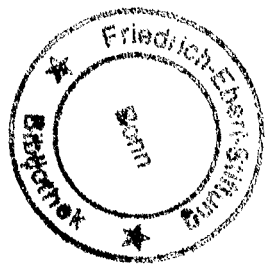


Bernd Faulenbach, Markus Meckel,
Hermann Weber (Hg.)

**Die Partei hatte
immer recht –
Aufarbeitung von
Geschichte und Folgen
der SED-Diktatur**



A 94 - 03963

1. Auflage September 1994
Satz und Gestaltung: Klartext
Druck: Pessedruck, Augsburg
© Klartext Verlag, Essen
Alle Rechte vorbehalten
ISBN 3-88474-209-4

Inhalt

Vorwort	7
<i>Bernd Faulenbach</i>	
Bewahrung der Erinnerung	8
Bedeutung und Probleme der „Aufarbeitung“ von Vergangenheit heute	
I. Die DDR-Geschichte und ihre Nachwirkung	
<i>Joachim Gauck</i>	
Zum Umgang mit den Stasi-Akten – eine Zwischenbilanz	30
<i>Hermann Weber</i>	
Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte und die Rolle der Archive	42
<i>Johannes L. Kuppe</i>	
Wer waren die Opfer und welche Hilfe können sie erwarten?	57
<i>Margot von Renesse</i>	
Die DDR – ein Staat ohne Recht?	69
<i>Stephan Hilsberg</i>	
Rolle und Funktion der Blockparteien und Massenorganisationen in der DDR	78
<i>Lydia Lange</i>	
Soziale Sicherheit in der DDR und psychosoziale Probleme in den neuen Bundesländern	92
<i>Rüdiger Fikentscher</i>	
Leben in neuen Strukturen	110
Probleme der Identitätsfindung nicht nur in Sachsen-Anhalt	
<i>Angelika Barbe</i>	
Schlußstrich oder Aufarbeitung?	127

II. Ost- und Deutschlandpolitik in der Diskussion

Hartmut Soell

Wandel durch Annäherung – bei normativer Distanz . . . 138

Die Bonner Ost- und Deutschlandpolitik in den 60er und 70er Jahren im internationalen Rahmen

Heinrich Potthoff

In den Fußstapfen

der sozial-liberalen Deutschlandpolitik 165

Realität und Anspruch der CDU-Deutschlandpolitik unter Kanzler Kohl

Gert Weisskirchen

Innere und äußere Zivilisierung 189

Die Opposition in der DDR und in Osteuropa

Volker Neumann

Ein Ende mit Schrecken? 214

Über den Untersuchungsausschuß „Kommerzielle Koordinierung“ des Deutschen Bundestages

III. Herausforderungen für Politik, Bildung und Wissenschaft

Hans-J. Misselwitz

Verantwortung beim Umgang mit der

DDR-Vergangenheit 228

Die Aufgabe von Schulen und Erwachsenenbildung

Jürgen Kocka

Chance und Herausforderung 239

Aufgaben der Zeitgeschichte beim Umgang mit der DDR-Vergangenheit

Markus Meckel

Demokratische Selbstbestimmung als Prozeß 250

Aus dem Schlußkapitel des Berichts

der Enquete-Kommission 280

Vorwort

Der vorliegende Band enthält Beiträge, die sich mit der Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur auseinandersetzen. Sie sind überwiegend aus der Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages oder deren kritischer Begleitung entstanden.

Die Autoren kommen aus den alten und den neuen Bundesländern, sie sind Abgeordnete oder Wissenschaftler und entsprechen damit der Zusammensetzung der Enquete-Kommission, die versucht hat, Spannungen zwischen den verschiedenen Perspektiven produktiv zu machen.

Im Vordergrund des Buches stehen in die Gegenwart hineinreichenden Phänomene der DDR-Vergangenheit und ihre Bewältigung in den verschiedenen politisch-gesellschaftlich-kulturellen Feldern. Dabei finden gerade kontroverse Themen besonderes Interesse.

In einem ersten Teil werden wichtige Aspekte der DDR und ihrer Hinterlassenschaft thematisiert. Dazu gehören die Stasi-Problematik und die Blockparteien ebenso wie psychosoziale Folgen und Hilfen für Opfer. Die Beiträge im zweiten Teil greifen Fragen der Ost- und Deutschlandpolitik von der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart auf, über die heute wieder gestritten wird. In einem dritten Teil werden Aufgaben von Wissenschaft, politischer Bildung und Politik im Prozeß der Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur und der Erfahrungen dieser Zeit umrissen.

Das Buch versucht, eine Zwischenbilanz zu ziehen und die weitere Diskussion anzuregen. Bei allen Unterschieden der Positionen und Perspektivik ist den Autoren die Intention gemeinsam, den Aufarbeitungsprozeß voranzutreiben. Selbstverständlich ist jeder Autor für seinen Text selbst verantwortlich.

Die Herausgeber danken Ingrid Drechsler und Ludger Claßen, ohne deren Engagement der Band nicht zustande gekommen wäre.

Bernd Faulenbach Markus Meckel Hermann Weber
Bochum / Berlin / Mannheim im Juni 1994

Hartmut Soell

Wandel durch Annäherung – bei normativer Distanz

Die Bonner Ost- und Deutschlandpolitik in den sechziger und siebziger Jahren im internationalen Rahmen

Wer Reichweite und Bedeutung der Ost- und Deutschlandpolitik bewerten will, die seit Herbst 1969 von der sozialliberalen Bundesregierung unter Führung Willy Brandts betrieben wurde¹, darf die internationalen Rahmenbedingungen, unter denen die Bundesrepublik Deutschland und die DDR entstanden waren und in die sie eingebettet blieben, keinen Augenblick außer acht lassen.

Beide Staatsgründungen waren die Folge eines weltpolitischen Konflikts, der nicht nur aus herkömmlichen machtpolitischen Gründen entstanden war: beim Streit von Siegern über die Beute. Hinzu traten zwei weitere Ursachen: Der seit 1917 sich entwickelnde Gegensatz zwischen den liberalen Demokratien des Westens und der kommunistischen Parteidiktatur des Ostens, der durch die Anti-Hitler-Koalition kurzzeitig überlagert und zurückgedrängt worden war, aber nach Kriegsende durch die Sowjetisierung Mittel- und Osteuropas sowie durch die Auseinandersetzung um die innere Ordnung Deutschlands sich wesentlich schärfer ausprägte und deshalb andere Antworten verlangte, als in den zwanziger und dreißiger Jahren gegeben wurden.

Der Systemgegensatz verhinderte auch – mehr als die unterschiedlichen machtpolitischen Interessen – die Verwirklichung des in der Charta der Vereinten Nationen enthaltenen Ziels, ein weltweites kollektives Sicherheitssystem zu installieren. Die als Ersatz dafür organisierte kollektive Selbstverteidigung in Gestalt permanenter Militärbündnisse – zuerst der Brüsseler Pakt, dann der Nordatlantikpakt, schließlich der Warschauer Pakt – schufen zwar ein gewisses Maß an Sicherheit in Europa; aber diese jeweils einseitige Sicherheitsvorsorge blieb prekär, weil sie dazu neigte, die gegensei-

tigen Feindbilder zu überhöhen. Hinzu kam die Entwicklung der nuklearen Massenvernichtungswaffen und der Raketentechnologie sowie die sich darauf stützenden Abschreckungsdoktrinen. Sie überdeckten nur mühsam die bestehenden geostrategischen und militärischen Asymmetrien in Europa und trugen gleichzeitig dazu bei, die Abwehr der Bedrohung stets alarmistisch zu organisieren und den potentiellen Gegner als die Verkörperung des absolut Bösen wahrzunehmen. Denn nur diese Wahrnehmung rechtfertigte die Drohung, auf jeden Angriff mit massiver atomarer Vergeltung zu reagieren.

Trotz dieser stets vorhandenen – in der Praxis aber meist verdrängten – Gefahr des Rückfalls in absolute Feindbilder hat die waffentechnologische Entwicklung seit Ende der fünfziger Jahre in Washington und Moskau zur Wahrnehmung einer partiellen Interessenidentität beider Weltmächte hinsichtlich der Kontrolle nuklear-strategischer Rüstungen geführt, die 1963 mit dem Teststoppabkommen für oberirdische Nuklearwaffenversuche ihren ersten Ausdruck fand und im Nichtverbreiterungsvertrag von 1968 sowie im ersten Abkommen über die Begrenzung strategischer Nuklearwaffen (SALT 1) von 1972 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte.

Diese weltpolitische Interessenkonstellation überwölbte und ergänzte jene beiden durch den Sieg der Alliierten über Hitlerdeutschland und den Ost-Westgegensatz entstandenen Rahmenbedingungen, die jede deutsche Politik zu beachten hatte: 1. Das Bestreben, jeden Versuch, aus den „deutschen Fragen“ einen Krieg entstehen zu lassen und/oder wieder eine deutsche Hegemonie errichten zu wollen, zu verhindern, blieb – wenn auch meist unausgesprochen – das gemeinsame Minimalziel aller Großen Vier. 2. Auch die westlichen Bündnisstrukturen, in die die Bundesrepublik Mitte der fünfziger Jahre durch die Pariser Verträge integriert wurde, enthielten neben dem Moment der Sicherheit *für* den Bonner Staat auch das Element der Kontrolle, also Sicherheit *vor* deutschen Sonderwegen.

Deutschlandpolitik in der Adenauer-Ära

Dieses Konzept der „doppelten Eindämmung“² war ursprünglich eine Erfindung der britischen Politik, das nach anfänglichem Zögern – beschleunigt durch die Erfahrungen der Berliner Blockade – von den Amerikanern übernommen wurde. Der erste Generalsekretär der NATO, Lord Ismay, hat dieses Ziel in drastischer Deutlichkeit formuliert: Die NATO habe die Funktion, die Amerikaner drin, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten.³

Aus diesen Gründen hatten sowohl sowjetische Forderungen, ein wiedervereinigtes Deutschland dürfe keinem Bündnis angehören wie auch die Gegenforderung der Bundesregierung, eine gesamtdeutsche Regierung müsse frei über die Bündniszugehörigkeit entscheiden können, allenfalls propagandistische Bedeutung. Adenauer selbst hatte daraus im übrigen nie einen Hehl gemacht. In den Beratungen über den Deutschlandvertrag scheiterte er mit seiner Absicht, auch ein vereinigtes Deutschland ausdrücklich an westliche Sicherheitsstrukturen zu binden, nur am Widerstand innerhalb seiner eigenen Partei und am Koalitionspartner FDP.

Die Vorteile der Westintegration der Bundesrepublik nach außen wie innen zu betonen, wurde er gleichwohl nicht müde. Nach außen: Ein Mehr an Sicherheit gegenüber der sowjetischen Bedrohung, an Souveränität und Gleichberechtigung. Nach innen: Die Möglichkeit, für ein Jahrzehnt die Mehrheit der Westdeutschen einschließlich der Vertriebenen und Flüchtlinge glauben zu machen, durch ihre Zugehörigkeit zum Westen könnten sie nicht nur vermeiden, einmal die Rechnungen für den von Hitlerdeutschland begonnenen und verlorengegangenen Krieg und die dabei begangenen Verbrechen zahlen zu müssen, sondern auch in einem überschaubaren Zeitraum die Wiedervereinigung zu erreichen. Seine eigenen Zweifel, ob das letztgenannte Ziel noch zu seinen Lebzeiten erreichbar sein würde, wuchsen in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre. Deshalb bot er schon 1958 Moskau unter der Hand eine „österreichische“ Lösung für die DDR unter der Voraussetzung an, daß diese nach innen ihre Geschicke selbst bestimmen konnte. Obwohl er in Moskau auf Ablehnung stieß, machte er im Juni 1962 mit

einem auf zehn Jahre befristeten „Burgfrieden“ eine neue Offerte, die ebenfalls negativ beschieden wurde.⁴

Obwohl er insgeheim spürte, daß der durch die Entwicklung der Nuklearwaffen verstärkte Zwang der Weltmächte zur Kriegsverhütung durch Rüstungskontrolle immer mehr zur Auflösung des Junktims, das Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen an Fortschritte in der Wiedervereinigungsfrage band, führen mußte, versuchte er in der offiziellen Politik die westlichen Verbündeten immer wieder auf es einzuschwören. Dadurch geriet die Bundesregierung zunehmend in die Defensive, zeitweise schon am Ende der Eisenhower-Ära gar in Widerspruch zu ihrem Hauptverbündeten.

Als im Zusammenhang mit dem Berlin-Ultimatum seit November 1958, vor allem im Herbst 1959, nachdem die Bundesrepublik und die DDR an den „Katzentischen“ der Genfer Gipfelkonferenz zum ersten Mal international gleichbehandelt worden waren, bei den Gesprächen Eisenhower-Chruschtschow in Camp David sich die Möglichkeit abzeichnete, daß die amerikanische Politik eine praktische Außen-Regelung nach dem Muster der zuerst vom amerikanischen Außenminister kurz vor seinem Tod formulierten „Agententheorie“ – also DDR-Grenzbeamte bei der Kontrolle der Zugangswege als „Agenten“ der Sowjets – akzeptieren würde, war aus Sicht Adenauers, wie die Aufzeichnungen über seine damaligen vertraulichen Gespräche mit Chefredakteuren zeigen, die Tendenz zur internationalen Anerkennung der DDR unaufhaltsam. Jedes Ereignis, das dieser Tendenz zuwiderlief, wurde von ihm begrüßt. Als die Pariser Gipfelkonferenz im Mai 1960 wegen des Abschusses eines die Sowjetunion ausspionierenden amerikanischen Aufklärungsflugzeugs platzte, teilte er seinem Pressechef Felix von Eckardt freudestrahlend mit: „Wir haben noch mal fies Jlück jehabt“.

Die sozialdemokratische Opposition hatte in ihrem in den fünfziger Jahren immer wieder vor internationalen Konferenzen vorgetragenen Wiedervereinigungskonzept – zuletzt sehr detailliert in einer von Herbert Wehner geleiteten Arbeitsgruppe im Frühjahr 1959 vor dem Genfer Gipfel – zwar auch den Zusammenhang von Schritten zur Lösung der europäischen Sicherheitsprobleme und den einzelnen Stufen eines Wiedervereinigungsprozesses betont. Im Unter-

schied zur Bundesregierung ging sie aber davon aus, daß die Bündnisse in Ost und West durch ein kollektives Sicherheitssystem in Europa, garantiert von beiden Weltmächten, abgelöst werden sollten.

So zukunftsweisend gerade aus heutigem Blickwinkel dieses Konzept erscheinen mag, so sehr wurden dabei die Erfahrungen aus der Völkerbundszeit vergessen, durch die klar geworden war, daß in einer ideologisch gespaltenen Welt sich die Staaten nie Sanktionen gegen Aggressoren aus dem eigenen Lager anschließen würden. Gegen Nuklearmächte waren überdies wirkungsvolle militärische Sanktionen ohnehin undenkbar geworden.

Immerhin konnte die SPD geltend machen, daß sie mit ihren Vorschlägen auch den Sicherheitsbedürfnissen der Sowjetunion Rechnung tragen wollte. Den ideologischen Ansprüchen der östlichen Seite konnte sie allerdings in keiner Weise entgegenkommen. Nicht nur aus traditioneller Gegnerschaft – die SPD als die Verkörperung des ideologischen Feindbildes des „Sozialdemokratismus“ – , sondern auch wegen der ideologischen Bedeutung der DDR für das Funktionieren des sowjetkommunistischen Modells.

Wenige Wochen vor dem Bau der Mauer begründete Anastas Mikojan, Politbüromitglied der KPdSU und Außenhandelsminister, in einem Kreis sowjetischer und deutscher Kommunisten, weshalb die DDR, obgleich dort der Lebensstandard der Bevölkerung höher sei als der der Sowjetbürger, mit Lieferungen bevorzugt würde: Im Westen herrsche verbreitet die Meinung, der Sozialismus/Kommunismus möge für unterentwickelte Länder geeignet sein, für die Industriestaaten des Westens hingegen sei er absurd. Viele schauten deshalb auf die DDR, weil sie ein solcher hochentwickelter Industriestaat sei. Wörtlich führte er aus: „Die DDR, Deutschland ist das Land, in dem sich entscheiden muß, daß der Marxismus-Leninismus richtig ist, daß der Kommunismus auch für Industriestaaten die höhere, bessere Gesellschaftsordnung ist. Und weil das so ist, deshalb ist die Bewährung des Sozialismus in Deutschland nicht nur Eure Sache allein. Der Nachweis für die Richtigkeit des Marxismus-Leninismus in Deutschland ist eine grundsätzliche Frage für die kommunistische Weltbewegung.“⁵

Die alte, ursprünglich auf Lenin zurückgehende Vorstellung, die Oktoberrevolution habe nur einen vorläufigen Charakter, erst die proletarische Revolution in Deutschland werde den weltrevolutionären Durchbruch erzwingen, die führende deutsche Kommunisten bis hin zu Ulbricht und seiner strategischen Clique jahrzehntelang vom „deutschen Oktober“ träumen ließ und sie auf immer neue Holzwege brachte, gab es also immer noch, selbst wenn die etwas stilisierte Form der Aussage Mikojans mindestens ebenso dazu diente, der unter Druck stehenden SED-Führung psychisch den Rücken zu stärken wie die aktuelle Einstellung der sowjetischen Führung zu beschreiben.

Spätestens seit dem Gespräch Fritz Erlers und Carlo Schmidts mit Chruschtschow im März 1959 in Moskau mußte der SPD-Führung jedenfalls bekannt sein, daß die DDR nicht nur aus sicherheitspolitischen, sondern auch aus ideologischen und ökonomischen Gründen für die Sowjetunion unentbehrlich war und jede Annäherung in der Vereinigungsfrage vom Faktum des DDR-Staates auszugehen hatte.

Auch wenn sie wenig später bereit war, sich auf den Boden der durch die Westintegration geschaffenen Tatsachen zu stellen – und die Wehner-Rede im Bundestag am 30. Juni 1960 enthielt wesentlich nur das, was durch den Meinungsbildungsprozeß innerhalb der Führung seit Monaten vorbereitet worden war⁶ –, mit der Auflösung des faktischen Junktims von europäischer Sicherheit und deutscher Frage tat sie sich schwerer; von der offiziellen Anerkennung der DDR ganz zu schweigen, weil diese sofort die Frage nach deren demokratischer Legitimation aufwarf.

Der erste sozialdemokratische Politiker, der offen das Ende dieses Junktims forderte, war Helmut Schmidt. In einer sorgfältig ausformulierten Rede über militärisch „verdünnte“ Zonen in Mitteleuropa am 5. November 1959 im Bundestag⁷ plädierte er für den Eigenwert von Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Sie waren für ihn nicht nur wichtige Faktoren im Prozeß der Entspannung zwischen West und Ost. Früher und genauer als Sicherheitspolitiker in Deutschland und Europa hatte er die interne amerikanische Diskussion über die Abschreckungsstrategie wahrgenommen und daraus den Schluß gezogen, daß angesichts der Erreichbarkeit des amerika-

nischen Territoriums durch sowjetische Raketen die ohnehin problematische amerikanische Drohung, jeden östlichen Angriff in Europa mit massiver nuklearer Vergeltung zu beantworten, vollends ihre Glaubwürdigkeit verlieren mußte. Der weitgehende Rückzug fremder Streitkräfte aus dem östlichen wie westlichen Mitteleuropa – lediglich symbolische Kontingente sollten bleiben – konnte so auch zur Lösung des westeuropäischen Sicherheitsdilemmas beitragen, das durch die konventionelle östliche Überlegenheit mitverursacht worden war. Bei Schmidts Abrüstungsvorschlägen schwang unausgesprochen die Erwartung mit, daß bei deren Verwirklichung langfristig auch Fortschritte in der Lösung der deutschen Frage eintreten würden.

Dieses weitausgreifende Konzept blieb zunächst ohne Echo. Bei der Bundesregierung stieß es ohnehin auf Ablehnung⁸, weil es eine offizielle Aufgabe des Junktims bedeutet hätte. Im östlichen Lager zeigte man nur in Polen Interesse, weil Schmidt die Abrüstungsvorschläge des polnischen Außenministers Rapacki konstruktiv aufgenommen hatte.

Moskau und Ostberlin setzten auf die weitere Erosion der Bonner Positionen und versuchten, die Kontrolle über den Zugang nach Westberlin als Hebel zur Anerkennung der DDR zu benutzen. Das war das Hauptziel des Berlin-Ultimeatums. Da gleichwohl die Fluchtbewegung über die offene Grenze zum Westen die inneren Schwächen des DDR-Regimes immer aufs Neue enthüllte, blieb letztlich nur die Abschottung. Die Errichtung der Mauer in Berlin und der Ausbau der innerdeutschen Demarkationslinie zu einer fast unüberwindbaren Grenze seit dem 13. August 1961 konnte zwar zu Recht als Eingeständnis der Niederlage der sowjetischen Deutschlandoffensive seit Herbst 1958 verstanden werden. Aber für die kollektive Psyche der Westdeutschen bedeutete der Mauerbau eine Zäsur, das Ende der durch die offizielle Politik vor allem in Wahlkämpfen verbreiteten Illusion, die Zugehörigkeit zum Westen würde quasi automatisch zur Wiedervereinigung führen. Gravierend wurde die Zäsur im von der Perfektionierung der Teilung besonders betroffenen Westberlin empfunden.

Brandts Ziel einer Überwindung des Status quo

Zwar hatte die politische Führung der Stadt solche Illusionen nicht geteilt, geschweige denn verbreitet. Aber von den Schutzmächten, insbesondere von den Amerikanern, hatte auch sie ein sehr viel deutlicheres Geltendmachen ihrer auf dem Viernächtestatus für ganz Berlin bestehenden Rechte erwartet.

Damals wurde ein Vorhang weggezogen und es stellte sich heraus: Die Bühne war leer. Dieser Befund Willy Brandts⁹ war der Ausgangspunkt der von ihm und Egon Bahr in den Jahren nach dem Mauerbau entworfenen Ost- und Deutschlandpolitik. Einen Anstoß dazu hatte schon früh der amerikanische Präsident John F. Kennedy gegeben. In seiner ernüchternden Antwort auf einen Brief, den Brandt unmittelbar nach dem 13. August 1961 geschrieben hatte, um ihm in nachhaltigen Worten die Nöte der Stadt und insbesondere die psychische Lage der Berliner darzulegen, hatte Kennedy deutlich gemacht, daß es, unabhängig von der Sicherung der drei *Essentials* für Westberlin (freier Zugang, Lebensfähigkeit, innere Selbstbestimmung) für die westliche Politik wichtig sein würde, sich nicht im politischen Status quo einzurichten.

Für Brandt war diese Idee nicht völlig neu. Auf dem SPD-Parteitag in Hannover im November 1960, auf dem er zum Kanzlerkandidaten gewählt worden war, hatte er betont, es gelte für den unheimlichen Zustand des Gleichgewichts des Schreckens neue Spielregeln zu finden: „Das Problem ist, den Status quo militärisch zu fixieren, um die notwendige Bewegungsfreiheit zu bekommen für die Überwindung des Status quo. Wir brauchen, ohne daß es unsere Sicherheit gefährdet, Raum, um die politischen Kräfte zur Wirkung zu bringen, um den Immobilismus und den ideologischen Grabenkrieg zu überwinden.“¹⁰

In einer Rede vor der Havard-Universität im Oktober 1962 hatte er diese Überlegungen in die weltpolitische Entwicklung eingebettet. Dort hieß es: „Die Geschichte entwickelt sich nicht so, wie sie das nach der kommunistischen Theorie tun müßte. Vor allem; sie entwickelt sich nicht einheitlich. Trotz der Machtkonzentration in Washington und Moskau, die heute die Welt in Atem hält, gibt es

auch eine Tendenz zur Dekonzentration der Macht [...] Das kommunistische Konzept einer monolithischen Welt wird ad absurdum geführt.“ Und weiter: „Es geht um eine Politik der Transformation. Wirkliche, politische und ideologische Mauern müssen ohne Konflikt nach und nach abgetragen werden. Es geht um eine Politik der friedlichen Veränderung des Konflikts, um eine Politik der Durchdringung, eine Politik des friedlichen Risikos; des Risikos deshalb, weil bei dem Wunsch, den Konflikt zu transformieren, wir selbst für die Einwirkung der anderen Seite auch offen sind und sein müssen. Das ist nur möglich, wenn wir uns unserer eigenen Werte sicher sind [...] Unser System ist trotz aller Mängel stärker und überzeugender. Wir brauchen keine Gegenideologie, kein Anti-Dogma. Es ist unser großer Traum, daß weite Lebensbereiche von jeder politischen Wirkung frei sind. Freiheit ist stark.“¹¹

Nachdem ihm Kennedy während dessen Berlin-Besuchs im Juni 1963 in diesem Denken bestärkt hatte, nahm er am 15. Juli 1963 vor der Evangelischen Akademie in Tutzing den Faden wieder auf: „Eine solche Politik steht und fällt mit dem Vertrauen in die realen Gegebenheiten der westlichen Verpflichtungen. Wir können vermutlich bis zum St. Nimmerleinstag warten, bis alle Kommunisten ihre ideologischen Ziele aufgeben. Aber es spricht heute viel dafür, daß die Enkel Chruschtschows sich möglicherweise noch Kommunisten nennen, aber in Wirklichkeit keine mehr sind.“ Trotz aller Zuversicht in die ansteckende Wirkung dieses Transformationsprozesses war ihm jederzeit bewußt, daß es „eine Lösung der deutschen Frage nur mit der Sowjetunion, nicht gegen sie geben“ würde.¹²

Sein damaliger Pressechef Egon Bahr ergänzte dieses Konzept in einem Diskussionsbeitrag am gleichen Ort mit der eingängigen Formel „Wandel durch Annäherung“. Auch er griff auf Kennedys „Strategie des Friedens“ zurück und erläuterte:

„Die Änderung des Ost/Westverhältnisses, die die USA versuchen wollen, dient der Überwindung des Status quo, indem der Status quo zunächst nicht verändert werden soll. Das klingt paradox, aber es eröffnet Aussichten, nachdem die bisherige Politik des Drucks und Gegendrucks nur zu einer Erstarrung des Status quo geführt hat.“¹³

Während diese Überlegungen in Ostberlin auf Ablehnung stießen – der DDR-Außenminister Winzer denunzierte sie als „Agression auf Filzlatzchen“ –, war das Echo in der Bundesrepublik geteilt. In der öffentlichen Meinung, vor allem in ihren liberalen Teilen, gewannen solche Vorstellungen zunehmend an Boden. Auch in der FDP geriet durch die Diskussionsbeiträge Wolfgang Schollwers einiges in Bewegung. In der CDU/CSU wurde die Welt weitgehend noch so wie in den fünfziger Jahren wahrgenommen. Man folgte der Bundesregierung, die bei einer flexibleren Politik gegenüber dem Osten die Aufgabe von Rechtspositionen fürchtete. Aus der Rückschau kritisierte Wilhelm Grewé, einer der führenden Bonner Diplomaten der Adenauer-Ära und Mitautor der „Hallsteindoktrin“, die Folgen der Ideenarmut jener Jahre: „Die Deutschlandpolitik der Ära Adenauer, gerichtet auf Wiedervereinigung und einen gesamtdeutschen Friedensvertrag, war Anfang der sechziger Jahre an einem toten Punkt angelangt. Sie drohte uns im westlichen Bündnis zu isolieren, ohne daß auf dem Wege zur deutschen Einheit in absehbarer Zeit greifbare Fortschritte zu erwarten waren.“¹⁴

Nachdem Ludwig Erhard im Herbst 1963 Adenauer als Kanzler abgelöst hatte, begannen erste Versuche, das ostpolitische Terrain aufzulockern. Die Bundesregierung nahm Vorschläge auf, die der Bundestag schon im Sommer 1961 durch die Annahme des von Wenzel Jaksch, des letzten Vorsitzenden der sudetendeutschen Sozialdemokratie, verfaßten Berichtes zur Osteuropapolitik gemacht hatte. Sie richtete zunächst Handelsmissionen in Polen, Ungarn und Rumänien ein.

In der Friedensnote vom 25. März 1966 bot sie den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion Gewaltverzichtsverträge und den bilateralen Austausch von Manöverbeobachtern an. Die entscheidenden Defizite der Note lagen darin, daß sie die DDR aus diesem Angebot aussparte und – gravierender noch – nicht erkannte, daß jeder wesentliche Fortschritt in der Ostpolitik nur auf dem Weg über Moskau zu erreichen war. Ulbricht nützte das Versäumnis, die sowjetische Hegemonie über Osteuropa mißachtet zu haben, rigoros aus und organisierte eine Gegenbewegung. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest im Ja-

nuar 1967, die als spektakulärer Durchbruch gedacht war, wurde so zum „Pyrrhussieg“.¹⁵

Die materiellen und immateriellen Kosten für die mangelnde Bereitschaft der Bundesregierung, die wirkliche Lage im Osten anzuerkennen, stiegen auch in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre „in dem Maße, wie in der internationalen Politik [...] die Entwicklung von der Konfrontation zur Kooperation verlief. Der Pegel der innen wie äußeren Kritik stieg ständig. Wenn die Kompatibilität mit der Politik der Bündnispartner und der innere Konsens schwindet, fehlen entscheidende Voraussetzungen für jede Außenpolitik.“¹⁶

In der seit Dezember 1966 regierenden großen Koalition von CDU/CSU und SPD schien zunächst der innere Konsens wiederhergestellt zu sein, weil auch Kanzler Kiesinger von der Erkenntnis ausging, daß das Verharren in der Defensive die Bundesrepublik hoffnungslos isolieren würde. Er bezog in das Gewaltverzichtsabkommen die DDR ausdrücklich ein, erkannte ihr alle Elemente der Staatlichkeit zu und beantwortete Briefe des DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph. In seiner Rede zum 17. Juni im Jahr 1967 sprach er gar davon, daß das wiedervereinigte Deutschland eine „kritische Größenordnung“ haben würde und deshalb die Lösung der deutschen Frage nur eingebettet in den Prozeß der Überwindung des Ost-West-Konflikts in Europa möglich sei, und daß dafür ein Konzept einer europäischen Friedensordnung entworfen werden müsse.¹⁷

Der die ostpolitische Strategie des Westens künftig stark bestimmende Bericht des belgischen Außenministers Pierre Harmel für den NATO-Gipfel im Dezember 1967 wies zwar noch einmal darauf hin, daß „eine endgültige und stabile Regelung in Europa [...] nicht möglich [sei], ohne eine Lösung der Deutschlandfrage, die den Kern der gegenwärtigen Spannungen in Europa bildet“.¹⁸ Aber für den schwer berechenbaren Zeitraum bis zu dieser „endgültigen Regelung“ forderte der Harmel-Bericht als Ergänzung der „ausreichenden militärischen Stärke“ eine „Politik der Entspannung“, in deren Konsequenz auch der bundesdeutschen Ostpolitik Dialogfähigkeit mit dem Osten abverlangt wurde. Kiesinger hielt, gestützt auf die CDU/CSU, am Alleinvertretungsanspruch fest, obwohl spä-

testens seit 1968 deutlich wurde, daß es der Bundesrepublik nicht mehr möglich sein würde, ihre alleinige Präsenz in den Sonderorganisationen der Vereinten Nationen auf Dauer durchzusetzen. Die Anträge der DDR, in die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und Welterziehungs- und Kulturorganisation (UNESCO) aufgenommen zu werden, wurde nur noch vertagt, weil die Bundesregierung eine bevorstehende Formalisierung des deutsch-deutschen Verhältnisses auf absehbare Zeit in Aussicht stellte.¹⁹

Die neue Ost- und Deutschlandpolitik

Der Streit über die Außenpolitik nahm innerhalb der großen Koalition seit Frühjahr 1968 deshalb zu, weil die SPD auf ihrem Parteitag in Nürnberg der Brandtschen Formel, die Oder-Neiße-Linie zu „respektieren und anzuerkennen“, zugestimmt hatte. Auch der zwischen Washington, London und Moskau abgeschlossene Nichtweiterverbreitungsvertrag für Nuklearwaffen schuf neuen Zündstoff, weil der rechte Flügel der Union, insbesondere Franz Josef Strauß, wegen der angeblichen Nichtberücksichtigung einer „europäischen Option“, das heißt einer künftigen europäischen Atomstreitmacht, dem Vertrag das Etikett „Super-Versailles“²⁰ verlieh und die Bundesregierung daran hinderte, ihn zu unterzeichnen. Schließlich entstand durch die Intervention der Armeen des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei am 21. August 1968, an deren Zustandekommen Ulbricht – nicht zuletzt auf angebliche Bonner Pläne hin, das sozialistische Lager zu unterminieren – intensiv beteiligt war, eine neue Lage.

Zwar waren französische Vorwürfe, die Bundesregierung sei nicht zuletzt wegen der Eröffnung einer Handelsvertretung im Februar 1968 in Prag mitverantwortlich für diese Anwendung des „brüderlichen Internationalismus“²¹, weitgehend unberechtigt, weil Dubceks Sozialismusversuch mit „menschlichem Antlitz“ genügend Anlaß für das Eingreifen der Hardliner in Moskau und Ostberlin bot. Die Vorwürfe rührten wesentlich vom Scheitern der von de Gaulle und seiner Equipe genährten Hoffnung einer rein „europäischen“ Lösung der Ost-West-Probleme her.

Aber die „Breschnew-Doktrin“ machte auf besonders brutale Weise klar, daß in der Ostpolitik kein Weg an Moskau vorbeiführte. Nach dem sowjetisch-chinesischen Konflikt am Ussuri im März 1969 hatte allerdings auch die sowjetische Seite wachsendes Interesse daran, sich an ihrer Westflanke politisch zu entlasten. Am 10. Juli 1969 erklärte Außenminister Gromyko vor dem Obersten Sowjet, eine „Wende“ in den Beziehungen zur Bundesrepublik sei möglich, wenn sie die bestehenden Grenzen in Europa anerkenne. Dann werde die Sowjetregierung den Dialog über den Gewaltverzicht – seine Wiedereröffnung war von Bonn eine Woche zuvor offiziell vorgeschlagen worden – bis zu einem Vertragsabschluß fortsetzen. Gromyko gab zugleich eine positive Antwort auf den kurz zuvor von Washington ausgehenden Vorschlag, die beiderseitigen Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen (SALT 1) zu beginnen. Auf Anregung Brandts hatten die drei Westmächte wenig später sondiert, ob Moskau zu Gesprächen über Berlin bereit sei. Auch darauf gab es von dort eine positive Reaktion. Diese drei Komplexe – Gewaltverzicht verbunden mit der Anerkennung der Grenzen und Demarkationslinien in Europa, strategische Rüstungsbegrenzung sowie Berlin-Regelung – standen in den folgenden Jahren in einem engen verhandlungsstrategischen Zusammenhang. Wenn es auf diesen Feldern Erfolge gab, war der Weg frei für die im Budapester Appell (17. März 1969) von den Staaten des Warschauer Paktes vorgeschlagene Konferenz über europäische Sicherheit.

Der erste deutsche Politiker von Rang, der Moskau nach der Gromyko-Rede besuchte, war Helmut Schmidt, damals Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.²² Während Gromyko im Gespräch mit Schmidt immer wieder auf die „Anerkennung der realen Lage“ zurückkam und betonte, „Kernpunkt sei die Einstellung der Bundesrepublik zu den entstandenen Grenzen der Staaten Europas“, ließ dieser keines der strittigen Themen aus. Schließlich war es der Jahrestag des Einmarsches in die CSSR. Deren Lage sei für die SPD keine „reale Tatsache, die man akzeptieren“ könne. Eine „akzeptable reale Tatsache“ sei hingegen, „daß Westberlin wirtschaftlich, gesellschaftlich, währungsrechtlich und in seiner Rechtsordnung“ aufs Engste mit der Bundesrepublik verbunden sei. Die deut-

sche Seite wünsche, daß es so bleibe. Gromyko werde auch von keinem deutschen Sozialdemokraten erwarten, daß er innerlich oder gar ausdrücklich die Teilung seines Landes und seines Volkes als endgültig anerkenne. Sein Volk werde niemals auf das Recht verzichten, „in einem Hause zu leben“, auch wenn Gromyko sage, daß dies eine „hoffnungslose Grundlage“ sei. Schmidt bot andererseits Verträge mit der DDR auf der Grundlage der Gleichberechtigung an, machte deutlich, daß die deutsche Seite „als Bundesrepublik keine territorialen Ansprüche“ erhebe. Die SPD wolle im Prinzip auch den Nichtverbreitungsvertrag unterschreiben, obwohl er ein „ungleicher Vertrag“ sei, der die Atomkräfte begünstige, die keine Verpflichtungen übernehmen müßten. Die östliche Forderung nach einer europäischen Sicherheitskonferenz befürwortete er, betonte aber, daß es eine solche Konferenz ohne die USA und Kanada nicht geben könne.²³

Die bundesdeutschen Kommentare, die die Moskau-Reise der von Schmidt geführten SPD-Parlamentarierdelegation begleiten, gaben einen Vorgeschmack auf die innenpolitischen Auseinandersetzungen, sobald eine von der SPD geführte Regierung mit ihrem Willen Ernst machen würde, einen geregelten und zeitlich begrenzten modus vivendi mit dem Osten einschließlich der DDR zu finden.

Da Wahlkampf war, reagierte die konservative Presse besonders hektisch. Im CSU-Organ Bayernkurier wurde die SPD einmal mehr als „Partei des Ostens“²⁴ apostrophiert. Die Welt sprach von einem „Persilschein für die Besatzer“²⁵ (der CSSR) und die Welt am Sonntag kommentierte die „Abenteuerfahrt“ Schmidts mit den Worten: Die Sowjetunion wünsche eine SPD/FDP-Regierung, die für Moskau einen „gewonnenen dritten Weltkrieg“ bedeuten würde.²⁶

Für die sozialliberale Bundesregierung, die seit Oktober 1969 mit äußerst knapper parlamentarischer Mehrheit regierte, kam es zunächst darauf an, ihre Verhandlungen mit dem Osten eng mit den Partnern im Westen abzustimmen und die neue Politik in das Gesamtgeflecht des Ost-West-Verhältnisses einzubeziehen. Zwar war die von Brandt und Scheel gefundene Formel von den „zwei Staa-

ten in Deutschland“, mit der sie die Fesseln der bisherigen Formelkompromisse abgestreift hatten, eine „eigene souveräne Entscheidung“²⁷ der Bundesdeutschen. Dennoch hatte Bahr Kissinger, den Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten Nixon, vorab informiert. Auch die westeuropäische Flanke wurde auf dem Haager EG-Gipfel Anfang Dezember 1969 abgesichert. Dort wurde die Institutionalisierung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) beschlossen, sowie der Weg für Verhandlungen mit Großbritannien über dessen EG-Beitritt wieder geöffnet. Die rasche Unterzeichnung des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen diente in West und Ost wie in Teilen der Dritten Welt der weiteren Auflockerung des Terrains. Für die öffentliche Meinung der Länder, die an der Kriegsallianz gegen Hitlerdeutschland teilgenommen hatten, war auch Brandts Aussage in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 von Bedeutung, er verstehe sich „als Kanzler nicht eines besiegten, sondern eines befreiten Deutschlands“.

Dennoch war, wie der Verlauf der Bonner Verhandlungen mit Moskau, Warschau, Ostberlin, aber auch die Vierer-Gespräche über eine Berlin-Regelung in den folgenden Jahren zeigte, der Weg zum Erfolg auch auf westlicher Seite voller Fußangeln.

Die britische Politik hatte mit den ost- und deutschlandpolitischen Zielen der neuen Bonner Politik die geringsten Probleme. Mit sehr viel kritischeren Augen betrachtete sie allerdings die wachsende ökonomische Stärke der Bundesrepublik. Schon im November 1968 hatte Premierminister Wilson angesichts der die Pfundkrise verschärfende Weigerung Bonns, die DM aufzuwerten, damit gedroht, die Sicherheitsgarantien für die Bundesrepublik und Westberlin zu überprüfen.²⁸ Hier hatte die neue Bundesregierung durch die rasch vorgenommene Aufwertung den Briten und den anderen schwächeren Währungen Luft verschafft.

Voller Ambivalenz in der Bewertung des neuen Bonner Kurses war die politische Klasse Frankreichs. De Gaulle hatte seit Mitte der sechziger Jahre seine Vision eines Europas vom Atlantik bis zum Ural propagiert, das mit dem Dreischritt *détente*, *entente*, *coopération* (Entspannung, Einvernehmen, Kooperation) angestrebt werden

müsse, und zugleich die französischen Streitkräfte aus der militärischen Integration der NATO herausgenommen (1966). Den Deutschen hatte er ausdrücklich zugesichert, ihnen beim schwierigen Prozeß der Wiedervereinigung zu helfen, wenn sie ihre Grenzen in Nord und Süd und in Ost und West nicht in Frage stellten. Bei seinem Moskau-Besuch (1966) erhielt er zwar für seine Politik der größeren Distanz zu den angloamerikanischen Mächten Beifall. Seine „große“ Europa-Vision wurde jedoch ebenso abgelehnt wie seine auf die Achse Bonn-Paris gegründete Konzeption einer politischen Union Westeuropas, weil sie eine Machtkonzentration bedeuten würde, die langfristig auch die sowjetische Hegemonie in Mittel- und Osteuropa in Frage stellen könnte.

Nachdem die Chancen für seinen „Meisterplan“ sich erledigt hatten, kehrte er nach dem Ende seiner Amtszeit zu traditionellen französischen Positionen der unmittelbaren Nachkriegszeit zurück und meinte, daß es für Frankreich ein Gesetz der geschichtlichen Logik sei, möglichst gute Beziehungen zur Sowjetunion als „Gegengewicht“ zu Deutschland zu unterhalten.²⁹

Nicht nur die Studentenrevolte des Pariser Mai 1968 hatte die innere Schwäche Frankreichs offenbart. Auch die vorher schon erwähnte Währungskrise Ende 1968 hatte der französischen Führung einen schweren Schock versetzt und führte zur offenbar weitverbreiteten Auffassung, daß sich die Bundesrepublik an Stelle Frankreichs der Führung in Westeuropa bemächtigt habe.³⁰

Kein Wunder, daß Pompidou, der am 15. Juni 1969 zum Nachfolger de Gaulles als Staatspräsident gewählt worden war, sich wieder den Angelsachsen näherte und sogleich ankündigte, die französische Blockade des britischen Beitritts der EG aufzugeben. Die Ausbalancierung des wachsenden Gewichts der Bundesrepublik hieß, nicht nur darauf zu drängen, die bilaterale deutsche Ostpolitik, die von Zeit zu Zeit das Rapallo-Trauma wachrief, in eine multilaterale Entspannungspolitik einzubinden, sondern auch die Intensivierung der Beziehungen zu den drei anderen Siegermächten sowie zu den kleineren Staaten Osteuropas. Mit Befriedigung wurde während des ersten Moskau-Besuches im Oktober 1970 auf französischer Seite registriert, daß Breschnew und Kossygin versicherten, eine

Wiedervereinigung Deutschlands sei für die Sowjetunion, selbst unter kommunistischen Vorzeichen, inakzeptabel.

Über die Verhandlungen mit Moskau wurden die Westalliierten über ihre Bonner und Moskauer Botschafter laufend – meist von Egon Bahr selbst – unterrichtet. In der Schlußphase, während des Aufenthaltes von Außenminister Scheel Ende Juli/Anfang August 1970 in Moskau, trafen deutsche Delegationsteilnehmer viermal mit den drei westalliierten Botschaftern zusammen. Außer vom britischen Geschäftsträger, der offenbar in Unkenntnis seiner Befugnisse vor einer Zustimmung Weisungen des Foreign Office einholen wollte, was Scheel aber ablehnte, gab es keine Einwände. Da es sich um einen bilateralen Vertrag handelte, der andere vertragliche Verpflichtungen der beiden Partner unberührt ließ, konnte dies schon formal gar nicht anders sein.

Aus französischer Sicht erschien insbesondere Egon Bahr als hartnäckigster Vertreter deutscher Interessen, während die Opposition im Bundestag und die konservativen Meinungsmacher ihn des Ausverkaufs nationaler Interessen bezichtigten. Das galt auch für die Berlin-Verhandlungen, die die bundesdeutsche Diplomatie von außen, da sie nicht am Verhandlungstisch saß, mit dem Vorschlag voranzutreiben versuchte, zuerst Fragen des Zugangs und des innerstädtischen Verkehrs zu erledigen, um deutsch-deutschen Parallelverhandlungen unter einem alliierten Dach grünes Licht zu geben.

Die französischen Unterhändler beharrten aber darauf, zuerst die Grundfrage, die Mitverantwortung der Sowjetunion auch für den Zugang nach Westberlin, vertraglich zu regeln. Neben der Absicht, Westberlin auf einer Viermächtegrundlage zu sichern, waren dabei gewiß machtpolitische Kompensationsbedürfnisse in Gestalt auch künftiger französischer Mitspracherechte im Spiel. Dennoch hat die französische Hartnäckigkeit letztlich den Interessen Westberlins und der Bundesrepublik gedient.

Der Durchbruch bei den Berlin-Verhandlungen im Sommer 1971 war durch sowjetisches Nachgeben in dieser Grundfrage möglich geworden. Dabei hat das Bonner Junktim³¹, das die Ratifizierung des Moskauer und Warschauer Vertrages von einer befriedigenden

Berlin-Regelung abhängig machte, eine wichtige Rolle gespielt. Mit den Ausschlag gab auch die verhandlungstaktische Verknüpfung, die Kissinger zwischen den Berlin- und SALT-Verhandlungen herstellte. Wahrscheinlich hat auch die Ankündigung des für Anfang 1972 vorgesehenen China-Besuchs Präsident Nixons Mitte Juli 1971 die sowjetische Konzessionsbereitschaft erhöht.³²

In den Berlinverhandlungen ist nicht nur die Mehrebenenstruktur der Entspannungsbemühungen, sondern auch die von Mißtrauen freiere Verhaltensweise der US-Regierung gegenüber der Bonner Ostpolitik deutlich geworden.

Die neue Ostpolitik wurde von Nixon und Kissinger als eine nützliche Ergänzung zur eigenen Politik gegenüber dem Osten betrachtet, immer unter der Voraussetzung, daß sie vorsichtig und nicht an der amerikanischen Politik vorbei betrieben wurde. Während der Verhandlungsphase 1970/71 gab es immer wieder die Sorge – etwa bei dem auf Einladung Breschnews in Oreanda auf der Krim stattfindenden Treffen mit Brandt im September 1971 –, daß die Sowjetunion die Ostpolitik als taktisches Mittel mißbrauchen könnte, um einen Keil zwischen die USA und ihre westeuropäischen Verbündeten zu treiben. In seinen Memoiren würdigt Kissinger, der dort gelegentlich zu erkennen gibt, daß er mit Bahr wegen der Urheberschaft an bestimmten Lösungsvorschlägen rivalisierte, den Neuansatz in der deutschen Ostpolitik als eine „historische Entscheidung“, die von den USA „ohne Begeisterung aber nicht ohne Zuversicht“ unterstützt worden sei.³³

In den späteren Jahren, als die ostpolitischen Interessen der Bundesrepublik ihr Eigengewicht erhielten, wurden häufiger politische Differenzen mit den USA sichtbar und entsprechend ausgetragen. Dabei handelt es sich nicht nur um die alltäglichen Brot- und Butterfragen etwa im Zusammenhang mit dem Energieversorgungs- und Handelsnetz, das die Bundesrepublik nach Osten ausbaute und dabei zeitweise auf amerikanische Handelsembargos stieß. Es gab auch Unterschiede im langfristigen strategischen Ansatz. Während die USA auf ein stabiles System in Europa setzte, dessen wichtigste Säule die Bundesrepublik war (und ist), ging es der Bundesrepublik um einen kontrollierbaren Prozeß, der die Wiederannäherung

beider Teile Europas und – darin eingebettet – auch Deutschlands erreichen wollte. Eben Wandel durch Annäherung!

Dieser von Zeit zu Zeit zwischen Bonn und Washington ausbrechende Streit nahm allerdings nie so existentielle Formen an, daß Kompromisse nicht mehr möglich wurden. Die Bundesrepublik war machtpolitisch kein Rivale der USA. Diese hat deshalb das Recht auf Selbstbestimmung auch für die Deutschen stets voraussetzungsloser unterstützt als die westeuropäischen Partner, die sich mit der Bundesrepublik in einem unmittelbaren Wettbewerb befanden.

Das gilt insbesondere für Frankreich. In dieser Hinsicht stimmte die ganze französische Klasse überein. Nach einem Treffen mit Willy Brandt im Mai 1973 schrieb der damalige sozialistische Oppositionsführer Mitterand in einem Organ seiner Partei: „Ich sage im Namen meiner Freunde, warum es (Deutschland) uns beunruhigt. Zurückgekehrt auf den Rang eines Imperiums (!) – wie sollte es sich versagen, dessen Träume zu träumen? Deutschland gewinnt in demselben Maße an Gewicht, in dem unser Europa zurückfällt. Das ist sicherlich nicht seine Schuld. Es ist ein Glück, daß die Gegenwart von Willy Brandt und die Reife der SPD noch für lange Zeit die Gefahr bannen werden.“³⁴

Deutschland als „Imperium“? Das mochte, weil literarisch stilisiert, in deutschen Augen – angesichts der nach wie vor bestehenden deutsch-deutschen und deutsch-sowjetischen Grundsatzprobleme – als Übertreibung erscheinen. Unter „unser Europa“ verstand er wie die meisten Franzosen ein stark an Paris ausgerichtetes Europa, was nicht nur von den Deutschen, sondern auch von den anderen EG-Partnern nicht mehr akzeptiert wurde – nicht zuletzt wegen der häufigen französischen Rückfälle in nationale Verhaltensweisen. Gleichwohl blieb die Bundesrepublik mit Frankreich als dem wichtigsten europäischen Partner auf Gedeih und Verderb verbunden. Ein Bruch oder nur eine langanhaltende Entfremdung hätte nachteilige Folgen für die Bonner Ost- und Deutschlandpolitik gehabt. Aus Rücksicht auf Bonn hatte Frankreich sich immerhin bei der Aufnahme von Beziehungen zur DDR so lange zurückgehalten, bis der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag unter Dach und Fach war.

Nicht nur deshalb, sondern auch um das weltpolitische Gewicht des deutsch-französischen Tandems als Motor der EG zu erhöhen, war es wichtig, daß der Nachfolger Brandts als Kanzler die enge Zusammenarbeit mit Frankreich nicht nur fortsetzte, sondern noch intensivierete. Schmidt und Giscard d'Estaing regten zusammen den Weltwirtschaftsgipfel der sieben wichtigsten westlichen Industrienationen an und riefen die europäische Währungsschlange ins Leben – beides wichtige Instrumente, um in den Jahren der anhaltenden Dollarkrise und der mehrfachen Ölpreissprünge die Neuauflage einer Weltwirtschaftskrise zu verhindern. Ein wirtschaftliches Masenelend auch im Westen hätte jedenfalls dessen wachsende Attraktivität bei den Völkern Osteuropas gestoppt und die Legitimation der kommunistischen Regime dort erhöht.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Bundesrepublik war durch die neue Ost- und Deutschlandpolitik weder zum „Imperium“ geworden noch zu einem mit den Großmächten in West und Ost vergleichbaren weltpolitischen Akteur. Aber sie hatte eine Reihe von Vorteilen gewonnen, die sich sowohl auf die Außen- wie die Innenpolitik auswirkten:

- Ihr gelang es, für die Zeit des befristeten Nebeneinanders beider deutscher Staaten den wichtigsten Aspekt gesamtdeutscher Politik zu realisieren, nämlich das weitere Auseinanderleben der Menschen in beiden Teilen durch konkret erfahrbare Verbesserungen zu verhindern.³⁵
- Die Ergänzung der Westpolitik durch eine wirksame Ostpolitik vergrößerte ihren außenpolitischen Manövrierraum und schuf eine zentrale Bedingung globaler Entspannung.
- Die Beseitigung politischer Hypotheken und damit auch des Konfliktpotentials trug zu ihrer Aufwertung ebenso bei wie zur Stabilisierung der NATO und der EG.
- Sie konnte in einem begrenzten – von außen (und teilweise auch in vulgärmarxistischen Analysen) meist grotesk überschätzten – Umfang ihren Osthandel erweitern.

- Sie wurde durch ihre innovative Rolle im Entspannungsprozeß weltweit sehr viel stärker als demokratische Alternative zum Deutschland Hitlers, Wilhelm II. und zur DDR wahrgenommen.
- Schließlich hat die Vertragspolitik – in des Wortes doppelter Bedeutung – auch wesentlich zur Veränderung der innenpolitischen Landschaft beigetragen. Und dies in mehrfacher Hinsicht!

Zunächst hat sich durch die Auseinandersetzung um die Verträge in der CDU/CSU eine Strömung herausgebildet, die ein präziseres Verständnis für die – nicht zuletzt als Folge der Verträge – komplexer werdende Interessenlage der einzelnen Staaten Osteuropas entwickelte. Die Angst vor den Deutschen und ihren revisionistischen Ansprüchen, die das wichtigste Bindemittel des „sozialistischen Lagers“ war und die dessen osteuropäische Mitgliedstaaten – von Stalin bewußt wachgehalten und durch die Grenzverschiebungen und die Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Mitteleuropa enorm verstärkt – auf dem Niveau des aus dem 19. Jahrhundert bekannten Risorgimento-Nationalismus jahrzehntelang festgehalten hatte, verschwand mehr und mehr und wurde in den demokratischen Oppositionsbewegungen dieser Länder teilweise durch ein Votum für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen als eine der Voraussetzungen für das Zusammenwachsen Europas abgelöst.

„Ohne diesen Differenzierungsprozeß“ auch innerhalb der damaligen Bonner Opposition „wäre die weitgehende Kontinuität sozialliberaler Ostpolitik nach dem Regierungswechsel 1982 kaum denkbar“ gewesen.³⁶

Dieser langwierige Prozeß, der während der Ratifizierungsdebatten des Moskauer und Warschauer Vertrages zaghafte begonnen hatte, wurde am Vorabend der KSZE-Konferenz, deren erfolgreichen Abschluß die Bonner Ostpolitik entscheidend den Weg geebnet hatte, zunächst noch jäh unterbrochen.

Am 25. Juli 1975 brachte die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag einen Entschließungsantrag ein, der die Bundesregierung aufforderte, die Schlußdokumente der gesamteuropäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki nicht zu unterzeichnen. Begründung: Maßgebliche Inhalte der Dokumente würden wesentli-

chen Interessen des geteilten Deutschlands und seiner Menschen nicht gerecht; sie erschwerten die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des ganzen deutschen Volkes; sie schafften statt Entspannung neuen Konfliktstoff und dienten einer weltweiten Täuschung über die wahre Sicherheitslage in der Welt.

CDU und CSU waren mit dieser Einstellung international isoliert. Die italienischen Neofaschisten und die albanischen Kommunisten waren ihre einzigen Partner in der Ablehnungsfront.

Dennoch muß zu denken geben, daß fünfzehn Jahre später nicht die SPD, die in den siebziger Jahren – anfangs durchaus gegen die Mehrheit der Bevölkerung – die Vertragspolitik und den Beginn des KSZE-Prozesses durchgesetzt hatte, sondern die Union den Hauptertrag dieser Strategie geerntet hat.

Einige dieser Gründe dafür können hier nur kurz skizziert werden. Wichtige Koordinaten des sozialdemokratischen Geschichts- und Weltbildes hatten sich seit Ende der sechziger Jahre durch das Aufkommen des Neomarxismus aber auch durch die Entzauberung der USA im Zuge ihrer Intervention in Vietnam vor allem in der jüngeren Generation verschoben.

Der von den Sozialdemokraten ein halbes Jahrhundert geführte Kampf gegen totalitäre Machtansprüche, auch gegen solche der Kommunisten, wurde als „Antikommunismus“ verketzert, obwohl er nicht von einer Antihaltung lebte, sondern Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verteidigte. Dagegen wurde der von der SED zur Legitimation ihrer Diktatur wie eine Monstranz einhergetragene Antifaschismus von Teilen der Linken, auch der SPD-Linken, für moralisch höherwertig gehalten als die in Teilen gewiß verspätete und mühsame, aber immer die offene Diskussion suchende Auseinandersetzung über die Nazi-Vergangenheit in der Bundesrepublik. In Vergessenheit geraten war nicht nur der Anteil der KPD an der Zerstörung der ersten deutschen Demokratie, sondern auch der Anteil Moskaus an der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, an der Entstehung des Kalten Krieges und der Teilung Deutschlands.

Die Gewöhnung an den SED-Staat als mindestens ebenso legitimen Erben deutscher Staatlichkeit nahm auch dadurch erheblich zu, daß es bei führenden Vertretern aller Bonner Parteien seit Anfang

der achtziger Jahre Mode wurde, medienwirksame Auftritte und Gespräche mit SED-Prominenz zu haben. Obwohl dabei einzelne Politiker wie Franz Josef Strauß Spitzenleistungen in Kumpanei erreichten, fiel es den Christlichen Demokraten in der Regel leichter, die normative Distanz zur SED zu wahren. Diese offiziellen Besuche – einschließlich des Honecker-Besuches 1987 in Bonn – haben in großen Teilen der öffentlichen Meinung das Bild verstärkt, daß die DDR zu einem normalen Staat in Mitteleuropa geworden sei.

Hinzu kam, daß die Generation der Achtundsechziger, die gegenüber Menschenrechtsverletzungen in der Dritten Welt und in der Bundesrepublik sehr sensibel reagierte, durch die in der Regel subtileren, aber nicht minder terroristischen Praktiken des SED-Staates allenfalls dann in Bewegung geriet, wenn Oppositionsgruppen in der DDR, wie bei der Ost-Berliner Demonstration am Jahrestag der Ermordung Rosa Luxemburgs im Januar 1988, unter linken Vorzeichen auftraten.

Die oft zurecht beklagte Marginalisierung der ostdeutschen Bürgerrechtsgruppen ist nicht nur durch die Dominanz der westdeutschen Parteien in den Wahlkämpfen des Jahres 1990 zu erklären. Mangelnde Resonanz im linken Spektrum der Bundesrepublik vor dem Herbst 1989 hat ebenso dazu beigetragen. Nicht nur in der deutsch-deutschen Entwicklung hatte sich in diesem Teil der westdeutschen Öffentlichkeit der Blick auf die komplexe Wirklichkeit zunehmend getrübt.

In der Sicherheitspolitik war das gleiche Phänomen zu beobachten: Seit Mitte der siebziger Jahre ging links von der Mitte auch in der SPD das Bewußtsein weitgehend verloren, wie notwendig militärisches Gleichgewicht ist. Stattdessen fand diese These Anhänger: Angesichts der auf beiden Seiten vorhandenen Fähigkeiten des vielfachen nuklearen Overkills würde jede weitere Rüstungsmaßnahme nicht mehr, sondern weniger Sicherheit bedeuten. Die SPD, die sich nur halbherzig an die Notwendigkeit von Rüstungsmaßnahmen gewöhnt hatte, suchte Anschluß an eine Massenbewegung, die ihren Protest mit rationalen Argumenten gegen Hochrüstung und nukleare Abschreckung, aber genauso mit irrationalen Ängsten begründete.

Auch in den Augen vieler SPD-Anhänger hatte der Vorwurf der Friedensbewegung, der Doppelbeschluß beschwöre die Gefahr des atomaren Holocausts für die Deutschen herauf, die Legitimation eines Kanzlers aufgezehrt, der Anfang der 80er Jahre, als durch die Geiselnahme von Amerikanern im Iran, den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und die Polenkrise die Neuaufgabe des Kalten Krieges drohte, äußerste Anstrengungen unternommen hatte, den Dialog zwischen West und Ost nicht völlig abreißen zu lassen.

Michail Gorbatschow, inzwischen selbst Pensionär, hat Helmut Schmidt unaufgefordert bestätigt, daß er, Schmidt, es gewesen sei, der zuerst den Abbau der Mittelstreckenraketen in Gestalt der doppelten Null-Lösung gefordert habe. Allerdings seien diese neuen sowjetischen Mittelstreckenraketen bereits gebaut worden, als das Politbüro noch nichts davon gewußt habe. Auf Schmidts Frage, wer in Moskau den Vorschlag aufgenommen habe, auf Null abzurüsten, antwortete Gorbatschow: er selbst.

Die lange Opposition im Bund hat sicherlich in der SPD die Neigung verstärkt, sich zuerst als Protestpartei zu verstehen. Antihaltungen – Antikapitalismus, Antifaschismus und Antimilitarismus – haben in der neuen Weltunordnung, die durch das Scheitern des ehemals glückverheißenden kommunistischen Großprojekts noch unübersichtlicher geworden ist, dem äußeren Schein nach immer noch mehr Symbolkraft und verschaffen größere emotionale Zustimmung als im Alltagsgrau unternommene, konkrete Lösungsschritte.

Nur eine Partei, die bei der Analyse der Lage von der Wirklichkeit ausgeht und nicht von dem, was erst sein soll, den verständlichen aber irreführenden politischen Optativ also hinter sich läßt, kann diese Wirklichkeit schrittweise verändern. Das lehren uns die sechziger und siebziger Jahre, die insgesamt eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte bilden.

Anmerkungen

- 1 Aus der Fülle der Forschungsliteratur sind die folgenden Titel als Einführung und Überblick genannt: Arnulf Baring, *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*. Stuttgart 1983; Heinrich End, *Zweimal deutsche Außenpolitik. Internationale Dimensionen des innerdeutschen Konflikts*. Köln 1973; Helga Haftendorn, *Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955-1982*. Baden-Baden 1983; Gerhard Schweigler, *Von Kissinger zu Carter. Entspannung im Widerstreit von Innen- und Außenpolitik 1969-1981*. München/Wien 1982; Reimund Seidelmann, *Die Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt/New York 1982; Gerhard Wettig, *Die Sowjetunion, die DDR und die Deutschlandfrage 1965-1976. Einvernehmen und Konflikt im sozialistischen Lager*. Stuttgart 1976.
- 2 Wolfgang Hanrieder, *Die stabile Krise, Ziele und Entscheidungen bundesrepublikanischer Außenpolitik 1949-1969*. Düsseldorf 1971.
- 3 Zitiert nach Günter Gillessen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5. August 1989.
- 4 Vgl. Klaus Gotto, *Adenauers Ost- und Deutschlandpolitik 1954-63*, in: *Adenauer-Studien III*. Mainz 1974, v.a. S. 49ff. und S. 202ff.
- 5 Zitiert nach Karl Heinz Schmidt, *Die Deutschlandpolitik der SED (Expertise für die Enquêtekommision des Deutschen Bundestages „Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“)* 1994, S. 46.
- 6 Vgl. Hartmut Soell, Fritz Erler. *Eine politische Biographie*. Bonn 1977, Bd. 1, S. 385ff.
- 7 Vgl. Helmut Schmidt, *Beiträge*. Stuttgart 1967, S. 485-503; die der Rede zugrundeliegenden Studien bildeten die Basis des 1961 erschienenen Buches „Verteidigung oder Vergeltung“, das in mehreren Auflagen erschien und ins Französische und Englische übersetzt wurde.
- 8 Adenauer soll dem Vernehmen nach General Heusinger mit einer Prüfung der Vorschläge Schmidts beauftragt haben; dieser soll militärische Einwände – u.a. Vorteile für die schnellere Rückkehr sowjetischer Streitkräfte gegenüber westlichen Verstärkungen – geltend gemacht haben (Auskunft von Helmut Schmidt gegenüber dem Verfasser). Die politischen Ablehnungsgründe gaben aber offenbar den Ausschlag.
- 9 Vgl. die Rede Willy Brandts im Bundestag am 25. Februar 1970. Zitiert nach: Bundeskanzler Brandt, *Reden und Interviews*. Hamburg 1971, S. 78ff.).
- 10 Vgl. Protokoll des SPD-Parteitags in Hannover.
- 11 Willy Brandt, *Koexistenz – Zwang zum Wagnis*, Stuttgart 1963.
- 12 Die Rede ist nun abgedruckt in: Manfred Uschner, *Die Ostpolitik der SPD*. Berlin 1991, S. 182-202, die Zitate auf S. 198f. und S. 201.
- 13 Ebenda, S. 204.
- 14 Wilhelm Grewe, *Die deutsche Frage in der Ost-West-Spannung*. Herford 1986, S. 39f.
- 15 Wener Link, *Neuanstöße in der Deutschlandpolitik 1961-63*, in: Alexander Fischer (Hg.), *Vierzig Jahre Deutschlandpolitik im internationalen Kräftefeld*. Köln 1989, S. 36.
- 16 Wilhelm Bruns, *Von der Deutschlandpolitik zur DDR-Politik?* Opladen 1989, S. 37.
- 17 Zitiert nach Boris Meissner (Hg.), *Die deutsche Ostpolitik 1961-1970*. Köln 1970, S. 205ff.
- 18 Bericht über die künftigen Aufgaben der Allianz, in: NATO. *Tatsachen und Argumente*, hg. von der NATO-Informationsabteilung, Brüssel 1976, S. 377.
- 19 Vgl. W. Bruns, *Die NATO-Politik der DDR*. Stuttgart 1978.
- 20 Adenauer hatte noch kurz vor seinem Tode im März 1967 von einem „zweiten Jalta“ gesprochen.
- 21 Vgl. Andreas Wilkens, *Der unstete Nachbar: Frankreich, die deutsche Ostpolitik und die Berliner Viermächteverhandlungen 1969-1974*. München 1990, S. 34f.
- 22 Die Reise fand am 21./22. August 1969 statt. Schmidt wurde von seinen Stellvertretern Alex Möller und Egon Franke sowie von Eugen Selbmann, dem außenpolitischen Berater der Fraktion, begleitet.
- 23 Der Gesprächsverlauf ist wiedergegeben in: Hans Georg Lehmann, *Öffnung nach Osten. Die Ostreisen Helmut Schmidts und die Entstehung der Ost- und Entspannungspolitik*, Bonn 1984, S. 219-232.
- 24 *Bayernkurier*, 30. August 1969.
- 25 *Die Welt*, 29. August 1969.
- 26 *Die Welt* am Sonntag, 31. August 1969.
- 27 So die Aussage Günter van Wells, zitiert nach: Günter Schmid, *Entscheidung in Bonn*, Köln 1979, S. 122.
- 28 Vgl. Gustav Schmidt, *Die Deutsche Frage und die beiden deutschen Staaten als Problem der Beziehungen zwischen den Gründerstaaten der NATO (USA-Großbritannien-Kanada) 1947/48-1968/69*, in: Heiner Timmermann (Hg.), *Deutschland und Europa nach dem 2. Weltkrieg*, Saarbrücken 1990, S. 217/8.

- 29 De Gaulle im Gespräch mit dem Herausgeber der New York Times, Cyrus L. Sulzberger am 14.12.1969, veröffentlicht ebda., 11. November 1970.
- 30 Vgl. A. Wilkens, *Der unstete Nachbar*, S. 41.
- 31 Brandt hatte im Bericht zur Lage der Nation am 28. Januar 1971 dieses Junktum öffentlich gemacht, nachdem es schon ein halbes Jahr zuvor intern festgelegt worden war; in: *Texte zur Deutschlandpolitik*, Hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1971, S. 22f.
- 32 Vgl. Henry A. Kissinger, *Memoiren 1968-1973*, München 1979, S. 815.
- 33 Ebda., S. 531.
- 34 In: *L'Unité*, 1.6.1973, zit. nach A. Wilkens, *Der unstete Nachbar*, S. 120.
- 35 Vgl. Margit Roth, *Die sozialliberale Deutschlandpolitik und ihre Auswirkungen 1969-1978*, Opladen 1981, S. 204ff.
- 36 Michael Lemke, *Bundesrepublik und europäische Vertragspolitik in den Jahren 1969-1975*, in: Martin Robbe und Dieter Senghaas (Hg.), *Die Welt nach dem Ost-West-Konflikt. Geschichte und Prognose*, Berlin 1990, S. 118.